

MdB Arnold im Clinch mit der Ärzteschaft

Streit um Gesundheitsreform – „Mediziner versuchen, wirtschaftliche Interessen mit der Sorge um das Patientenwohl zu bemänteln“

(pm/red) Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold liegt im Clinch mit der Ärzteschaft Nürtingen. Im Rahmen einer Pressekonferenz Anfang des Jahres hat Arnold beklagt, dass man mit der Ärzteschaft im Raum Nürtingen-Kirchheim nicht mehr sinnvoll diskutieren könne. Arnolds Vorwurf, dass die Ablehnung der Gesundheitsreform durch die Ärzteschaft wirtschaftliche Gründe habe, empfinden die Mediziner als diskriminierend und bringen dies in einem offenen Brief zum Ausdruck. Der Politiker wehrt sich, lenkt aber auch ein. Er steht der Ärzteschaft für ein „persönliches, öffentliches Gespräch“ zur Verfügung.

Als Vorsitzender der Ärzteschaft Nürtingen meldete sich jetzt Dr. Hanns-Joachim Schmidt aus Weilheim in einem offenen Brief zu Wort. „Wir können die Darstellung und die Vorwürfe nicht unbeantwortet stehen lassen“, betont Schmidt mit Blick auf Aussagen von Arnold zur Gesundheitsreform. Schmidt erwähnt eine Pressemitteilung, wonach 85 Prozent der Deutschen die Gesundheitsreform ablehnen. Arnold gehöre wohl zu den restlichen 15 Prozent der Bevölkerung. „Aber Sie sind entschuldigt, Sie sind schließlich Verteidigungsexperte und kein Gesundheitspolitiker. Niemand kann überall Fachmann sein.“

Arnold, so Schmidt weiter, halte nicht nur die Gesundheitsreform für eine sinnvolle Lösung, er habe dies im Nachhinein auch über die Praxisgebühr gesagt und dabei völlig übersehen, dass sich die Mitar-

beiterinnen in den Praxen heute noch üble Bemerkungen anhören müssten. Außerdem müssten die Ärzte kostenlos ein höchst unerfreuliches Inkasso betreiben. „Finden Sie es nicht zynisch, hier von Erfolg zu reden?“ Schmidt fragt weiter, ob es MdB Arnold außerdem für einen Erfolg halte, wenn Menschen mit geringerem Einkommen seltener zum Arzt gingen als Menschen mit höherem Einkommen. „Ist das die neue Sozialdemokratie?“

■ Ärzte bieten Aufklärung an

Arnold werde wohl auch die elektronische Gesundheitskarte gut finden, wohl wissend, dass die Politik damit der Computerlobby Milliardenbeträge zuschanze und der Datenschutz eben nicht gewährleistet sei, mutmaßt Schmidt. Der Vorsitzende der Ärzteschaft bietet dem Bundespolitiker fachkundige Aufklärung an. „Aber Sie wollen ja nicht mehr mit uns reden, sondern nur mit Ärzten außerhalb der gewählten Ärzteschaft, die Ihren Kurs unterstützen. Was für ein Politikverständnis!“

In seiner Antwort an Dr. Schmidt schreibt Arnold, dass er in seinem Jahresrückblick die Nürtinger Ärzteschaft erwähnt habe, „da mir deren gegen die Gesundheitskarte gerichtete Kampagne als eindringlichstes Beispiel für eine rückwärts gewandte und, mit Verlaub, stilllose Maßnahme in Erinnerung war, die zudem eindeutig falsche Informationen enthielt“. Geradezu erschütternd habe er damals den Hinweis empfunden, demnächst müssten

Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch unternommen hatten, die Veröffentlichung dieses Eingriffs im Internet befürchten. „Diese Entgleisungen wogen umso schwerer, als eben die Initiatoren der Kampagne kurze Zeit später eindeutig parteipolitisch eingefärbte Wahlempfehlungen abgaben.“ Zudem seien mitnichten alle Vertreter der Ärzte gegen die Einführung einer Gesundheitskarte. Richtig sei vielmehr, dass unter anderem die Bundesärztekammer/Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammer sowie die Kassenzentrale Bundesvereinigung intensiv in die Verhandlungen um die Gesundheitskarte involviert seien.

■ „Argumentation scheint fragwürdig“

Die Kritik an der Praxisgebühr mit dem Hinweis eines erhöhten Verwaltungsaufwandes für die einzelne Praxis will Arnold so nicht stehen lassen. „Diese Argumentation erscheint fragwürdig angesichts der Tatsache, dass Ärzte durchaus bereit scheinen, ihr komplettes Honorar mit den Versicherten direkt abzurechnen.“ In diesem Fall würden die wirtschaftlichen Interessen des einzelnen Arztes berücksichtigt, allein, das Argument des erhöhten Verwaltungsaufwandes schein hier keines mehr zu sein. „Es liegt also nahe, dass Ärzte hier eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen. Dies ist legitim. Nicht legitim hingegen ist es, wirtschaftliche Interessen mit der Sorge um das Patientenwohl zu bemänteln und Ängste der Patientinnen und

Patienten zu schüren.“ Ärgerlich findet MdB Arnold Aussagen von Dr. Schmidt, dass der Politiker das Gespräch ausschließlich mit Ärzten suche, die nicht in der Ärzteschaft Nürtingen organisiert seien. „Zwar finde ich es erfreulich, dass Sie zur Kenntnis genommen haben, dass es auch Ärzte außerhalb bestimmter Interessenverbände gibt, die am konstruktiven Dialog mit der Politik interessiert sind. Erwähnt werden sollte jedoch die Gesprächsrunde, zu der der Präsident der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg im Juli letzten Jahres eingeladen hatte. Wer hieran nicht teilnahm, war die Ärzteschaft Nürtingen.“ Ebenso weist Arnold auf ein Gespräch im Juli 2006 mit der Ärzteschaft Esslingen hin. „Hier zeigte sich, dass kritische Anmerkungen durchaus in konstruktiver Atmosphäre ausgetauscht werden können.“

■ Angebot zum öffentlichen Gespräch

Anfang Februar, so Rainer Arnold weiter, werde es eine Diskussionsrunde zum Thema mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Walter Riester in Göppingen geben, an der auch er beteiligt sei. Ihm mangelnde Gesprächsbereitschaft vorzuwerfen sei daher falsch und unlauter.

Arnold beendet seinen Brief mit dem Angebot für ein „persönliches, öffentliches Gespräch, innerhalb dessen Argumente ausgetauscht werden und Bürger und Medien sich ein eigenes Bild machen können. Ich bin gespannt auf Ihre Reaktion.“

Nürtinger Zeitung, erschienen am 27.01.2007

„Eine Zone des Friedens in ganz Europa schaffen“

Der SPD-Abgeordnete Rainer Arnold besuchte Schulen und informierte über die EU und warum auch ein bulgarischer Bauer gewählt werden kann

WOLFSCHLUGEN. „Warum hat die EU-Flagge Sterne und keine Herzen?“ Viele Fragen musste Rainer Arnold in der Grund- und Hauptschule Wolfschlügen den Kindern und Jugendlichen beantworten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete und verteidigungspolitische Sprecher seiner Fraktion war im Zuge der Aktionstage zur Europäischen Union zu Gast an der Schule. Er versuchte ihnen die Ideale und Ziele der EU zu vermitteln.

SEBASTIAN GROSSHANS

Aus dem bundesweiten Projekttag am 22. Januar anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands wurde in Arnolds Nürtinger Wahlkreis schnell eine Projektwoche. Bevor der hohe Besuch kam, malten die Wolfschlüger Fünft- und Sechstklässler Flaggen und schrieben Steckbriefe zu den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Die Schüler der 9. Klasse bastelten Plakate zum Thema EU auf denen sie gleich die ihnen wichtigsten Fragen notierten.

Die Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule in Wolfschlügen war nur eine von zwölf Schulen, die Arnold dabei besuchte. Unter anderem war er auch an der Rudolf-Steiner-Schule und dem Helderlinggymnasium in Nürtingen sowie an der Realschule in Neckartenzlingen. Dabei sprach er vor insgesamt rund 800 Schülern. „Es freut mich, dass auch Hauptschulen dabei mitmachen“, meinte Arnold und betonte, dass das Interesse bei Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien etwa gleich groß gewesen sei.

„Für uns ist es ganz selbstverständlich, in Frieden zu leben“, so Arnold. Das sei nicht in jedem Land Europas so, wie er am Beispiel Jugoslawiens erläuterte. Für ihn gehört der Frieden zu den wichtigsten Dingen, die die EU bietet. Eine gemeinsame Währung und geöffnete Grenzen sind seiner Ansicht nach schön, doch das verringerte Kriegsrisiko zwischen den europäischen Staaten ist ihm bei weitem wichtiger. Eine Erweiterung der EU sorgt dafür, „dass sich die Zone des Friedens über ganz Europa erstreckt.“

Ein weiterer wichtiger Punkt ist für ihn der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit innerhalb der EU. „Es gibt auf der Welt so viele Probleme, die ein Land alleine



Rainer Arnold (hier mit Konrektorin Ursula Lehnert) suchte das Gespräch.

Foto: seg

lösen kann“, erklärt Arnold den Schülern. Dazu gehöre zum Beispiel die Bekämpfung der globalen Erwärmung. Im Rahmen der EU könnten Gesetze erlassen werden, die dort Wirkung zeigen, wo ein Land alleine nichts erreichen kann. Um auch in der globalisierten Welt der Zukunft Gewicht zu haben, sei der Zusammenschluss Europas daher unerlässlich.

■ Türken gegen den EU-Beitritt der Türkei

Sehr wichtig war den Kindern und Jugendlichen die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei. Manche der Schüler mit türkischer Abstammung sprachen sich gegen einen Beitritt der Türkei aus, weil sie einen zu starken Eingriff in ihre Kultur befürchteten. „Europa darf die Kulturen der einzelnen Länder nicht einebnen“, entgegnete Arnold darauf. Selbst innerhalb Deutschlands gebe es kulturelle Unterschiede wie zum Beispiel zwischen Bayern und Friesland. „Europa soll kein Einheitsbrei werden.“ Stattdessen achte die EU die regionalen Eigenheiten ihrer Mitglieder.

Viel mehr sei es wichtig, der Türkei bei ihrem Weg zu mehr Freiheit, Demokratie und Menschenrechten zu helfen. Die EU habe der Türkei versprochen, sie aufzunehmen, wenn sie europäische Standards erreicht habe. Die Türkei sei zwar ein modernes Land, müsse aber den eingeschlagenen Weg vollends zu Ende gehen.

Defizite gebe es noch bei der Gleichbehandlung von Männern und Frauen und im Umgang mit religiösen und ethnischen Minderheiten. Trotzdem sei die Türkei ein Beweis dafür, dass Islam, Freiheit und Demokratie Hand in Hand gehen können. Eine weitere positive Annäherung an die EU und ihre Ideale könne eine große Ausstrahlung auf die instabilen und fundamentalistisch regierten Länder in Nahost haben. Ein Erfolg sei im Interesse der EU, besonders da die Türkei eine wichtige geographische Lage einnehme. Bei einem Scheitern der Beitrittsverhandlungen fürchtete Arnold, dass fundamentalistisches Gedankengut in der Türkei die Oberhand gewinne.

Sehr wichtig waren den Schülern auch

Fragen zur Geschichte und Entstehung der EU, zu den Abgeordneten im EU-Parlament in Straßburg, zu den Institutionen wie der EU-Kommission in Brüssel sowie zur sprachlichen Vielfalt. „Jedes Land hat innerhalb der EU-Gremien das Recht, in seiner Sprache zu diskutieren“, so Arnold.

Zwar gebe es Überlegungen, eine einzige Amtssprache einzuführen, diese hätten aber bisher zu keinem Ergebnis geführt. Trotz dem, dass täglich hunderte Dolmetscher gebraucht werden, um die Arbeit des Europäischen Parlaments zu ermöglichen, ist Arnold dafür, die Sprachenvielfalt beizubehalten. „In einer Demokratie muss auch ein bulgarischer Bauer die Möglichkeit haben, aufgestellt und gewählt zu werden“, nannte er ein Beispiel. Selbst wenn dieser keine besondere schulische Ausbildung genossen hätte, müsste er trotzdem als Abgeordneter die Chance bekommen, sich zu verständigen.

■ Haschisch-Tourismus nach Holland

Das Thema Drogenmissbrauch und die Möglichkeit des freien Verkaufs von Haschischprodukten in den Niederlanden interessierte die Diskussionsteilnehmer sehr. Arnold sieht den Haschisch-Tourismus ins Nachbarland als Problem. Er berichtete aus seiner Zeit als Jugendschöffe. Damals sei ein großer Teil der Verhandlungen an denen er teilnahm, Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz gewesen. „Ich finde es nicht klug, dass einzelne EU-Länder da Ausnahmen machen.“ Unter den Parteien gebe es zwar sehr unterschiedliche Positionen, Arnold ist jedoch dafür, dass bisher illegale Drogen hierzulande weiterhin verboten bleiben.

Die Verabschiedung der EU-Verfassung sieht Arnold als wichtigen Schritt hin zu mehr Demokratie in Europa. Ein Land alleine könne eine Entscheidung blockieren. „Das ist finde ich schlecht.“ Mit der EU-Verfassung wäre es einer Mehrheit möglich, andere Länder zu überstimmen. Die verlorene Volksabstimmung zur EU-Verfassung in Frankreich sieht er nicht als grundsätzliches Votum dagegen. Vielmehr sei die Ablehnung vom französischen Volk als Denkmittel für seine Regierung gedacht gewesen und habe mit der EU selbst nicht viel zu tun gehabt.